„Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
J. W. Elmann
Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391.
Abonnementspreis (im Voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Für Canada:	$2.50	$1.25	$ .75	$ .35
Für's Ausland:	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
	$3.50	$2.00	$1.00	$ .50

Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90 Cents.

Was steht am 16. Juli auf dem Spiele?

Sollen Freiheit und Gerechtigkeit in Saskatchewan herrschen?

Es ist ein ganz gewaltiger Irrtum, wenn man glaubt, bei der Abstimmung über die Prohibition am 16. Juli in Saskatchewan handele es sich nur um die Frage, ob wir wieder uns des freien Genusses von Bier und Schnaps erfreuen sollen. Gewiß sind das die nächstliegenden Ziele. Aber es steht dabei noch weit mehr auf dem Spiele. Der Kampf, der nun zwischen den Prohibitionisten und den Freunden der Moderation League geführt wird, muß nämlich auch darüber entscheiden, ob es einer Gruppe von Fanatikern gestattet sein soll, unsere persönliche Freiheit weiterhin zu unterdrücken. Wir leben in einem demokratisch regierten Lande und in einer demokratisch verwalteten Provinz. Demokratie hat aber keinen Sinn, wenn nicht allen Teilen des Volkes die volle bürgerliche und persönliche Freiheit im Rahmen der allgemeinen gesellschaftlichen Ordnung gewährt wird. Diese Freiheit wird durch die Wasserapostel beschnitten und eingeengt. Jeder Prohibitionist ist zugleich ein Spion, der seine Nase in jedes Farmerhaus hineinsteckt, um festzustellen, ob es darin nicht nach alkoholischen Getränken riecht. Niemand ist vor diesem Spitzelsystem sicher. Jeder schwebt in Gefahr, mit dem Saskatchewan Temperance Act in Konflikt zu geraten, wenn er alkoholische Getränke herstellt. Ist nicht schon mancher, der früher niemals mit Gerichten etwas zu schaffen hatte, zu empfindlichen Strafen verurteilt worden, oft wegen geringfügiger „Vergehen"? Ist das Freiheit in einer Sache, die doch fürwahr eine private Angelegenheit jedes einzelnen sein sollte? Wir beanspruchen diese Freiheit ebenso für uns, wie wir sie gerne allen anderen Mitbürgern zubilligen. Wer sich aus Gesundheitsgründen oder aus Gründen der Ueberwindung seiner allzu menschlichen Triebe des Alkoholgenusses freiwillig enthalten will, möge es tun. Niemand wird ihn daran hindern. Wer aber an heißen Sommertagen oder bei fröhlichen Familienfesten gerne sein Glas Bier trinkt, soll auch dazu völlige Freiheit haben. Das ist echt demokratische Auffassung. Das ist aber auch das gerade Gegenteil von der Auffassung der Prohibitionisten, die den Einwohnern von Saskatchewan die Sklavenketten der Prohibition weiterhin anlegen möchten.

Ein weiterer Auswuchs des provinzialen Alkoholverbotes ist die Ungerechtigkeit, die dieses System zur Folge hatte. Kleine Alkoholsünder hat man vor den Richter geschleppt und bestraft, während die eigentlichen Schnapsschieber, die Bootleggers, ihr Unwesen treiben konnten. Was bedeutet es, wenn ab und zu einmal auch ein schwerer Hecht gefangen wurde? Dafür haben die anderen umso frecher und schamloser gearbeitet. Und was für Leute sind diese Bootleggers? Doch vielfach solche, die bei ihrer Ankunft in Saskatchewan oft kein Hemd am Leibe hatten, Lumpen und Alteisen zusammenlasen und auf die Wohltaten der anderen angewiesen waren. Heute fahren sie in eleganten Cars, bewohnen schöne Häuser und spielen die feinen Herren, während der Farmer trotz Schweiß und Mühe kaum sein Leben machen kann. Mit dieser schreienden Ungerechtigkeit muß am 16. Juli aufgeräumt werden.

Warum sollen wir in Saskatchewan unter der Freiheitsberaubung und Ungerechtigkeit der Prohibition leiden, während in unseren Nachbarprovinzen Manitoba und Alberta die Vernunft der Bevölkerung über den Wahn und Fanatismus der Prohibitionisten gesiegt hat? Dort macht man gute Einnahmen aus dem Alkoholverkauf unter Regierungskontrolle, die wir in Saskatchewan ebenfalls sehr gut brauchen könnten, um die Steuerlast unserer Farmer zu vermindern.

Um diese Ziele, wie sie oben dargelegt sind, geht es also am 16. Juli. **Kein Mann und keine Frau, die das Bürgerrecht haben, dürfen von der Abstimmung fernbleiben. Alle müssen ihr Kreuz (×) hinter das „No" der ersten Frage setzen.** Dann muß der Sieg unser sein.

Die Gefahr eines neuen Weltbrandes

Kommt eine Verbündung zwischen Rußland und Deutschland?

Dr. Konstantin Dumba, der vor dem Kriege die österreichisch-ungarische Monarchie an wichtigen Posten vertreten hatte und nach Ausbruch des Krieges auf Verlangen des Präsidenten Wilson von seinem Botschafterposten in Washington abberufen werden mußte, hielt nach einer Mitteilung der „Westlichen Post" in der österreichischen politischen Gesellschaft in Wien einen Vortrag über die europäische Lage, der großes Aufsehen erregte. Dr. Dumba sagte unter anderem:

„Durch das Wiederaufleben des alten Allianzsystems ist die Möglichkeit, einen künftigen Krieg lokalisieren zu können, auf ein Mindestmaß zurückgegangen. Wie im Jahre 1914 die Spaltung Europas in zwei große feindliche Staatengruppen aus dem österreichisch-serbischen Konflikt den Weltkrieg verursacht hat, so droht auch jetzt infolge der vielfachen gegenseitigen Bindungen bei dem kleinsten lokalen Zusammenstoß ein Weltbrand."

„Die größte Gefahr droht von Rußland. Freilich ist sie heute nicht so eminent wie vor zwei Jahren. Rußland braucht eine längere Atempause, die es dem Wiederaufbau widmen muß. Es bedarf hierzu ausländischer Kredite und die Hauptbedingung für diese ist eine friedliche Haltung und die Vermeidung internationaler Konflikte. Trotzdem wäre es ein schwerer Fehler, das Fortbestehen der roten Gefahr des Ostens zu leugnen."

„Das natürliche Expansions-Bedürfnis Rußlands drängt nach wie vor zur Besitzergreifung der Ausgangspunkte am Meere und erst unlängst hat Trotzky erklärt, daß die Räteregierung, wenn sie auch die Außenpolitik der Zarenzeit im großen und ganzen verdamme, doch einsehe, daß die von den alten Staatsmännern des kaiserlichen Rußlands festgelegte Politik in Bezug auf das Schwarze Meer und die Dardanellen das Interesse Rußlands im Auge hatte."

„Aktuell würde die russische Gefahr erst durch eine Verbindung mit Deutschland, eine Möglichkeit, die nicht von der Hand zu weisen ist. Was man befürchten muß, ist, daß ein durch Demütigung und Versklavung zur Verzweiflung gebrachtes Deutschland sich Rußland in die Arme werfen könnte. Dies bringt uns zum eigentlichen Zentralproblem der europäischen Politik, dem deutsch-französischen Gegensatz. Gelingt jetzt nicht der Ausgleich und die Beseitigung des Hasses und Mißtrauens zwischen diesen beiden Ländern, so ist die Verbindung Deutschlands mit Rußland und in weiterer Folge ein neuer Weltbrand nur zu wahrscheinlich."

Großzügiger Kolonisationsplan für Mesopotamien

Briten wollen weite Flächen für Baumwoll- und Getreidebau gewinnen.

Bagdad. — Die Engländer, in deren Händen bekanntlich das Mandat über Mesopotamien, oder wie es offiziell genannt wird, das Königreich Irak, liegt, wollen die Methoden der Urbarmachung des Bodens, die sie in Oberägypten und im Sudan mit großem Erfolg durchgeführt haben, nunmehr auch hier anwenden. Man denkt in erster Linie an die Baumwollkultur, doch soll auch Brotgetreide in großer Menge angebaut werden.

Der Boden ist außerordentlich fruchtbar und die britischen Ingenieure haben berechnet, daß der Tigris und der Euphrat im Winter Ländereien von sieben Millionen Acker und im Sommer von drei Millionen Acker bewässern könnten. Die Hälfte dieser Fläche könnte sofort urbar gemacht werden, wenn man das alte Kanalsystem wiederherstellen würde. Die englischen Pläne gehen aber viel weiter.

Der mesopotamischen Regierung ist von den Briten folgendes großzügige Projekt übergeben worden, zu dessen Ausführung die Londoner Regierung ihre Unterstützung verspricht:

Der aus den kurdischen Bergen in die mesopotamische Ebene herabfließende Didschalafluß soll durch ein gewaltiges Stauwerk ungefähr 65 Meilen nordöstlich von Bagdad zurückgedämmt werden und einen See von gewaltiger Ausdehnung bilden, der seine Wassermassen an das Gebiet zwischen der persischen Grenze einerseits und Kut-el-Amara anderseits abgeben soll. Durch diese Bewässerungsanlagen würde eine Fläche von mindestens 50,000 Quadratmeilen dem Baumwoll- und Getreidebau zugänglich gemacht werden. Durch die Bildung dieses Sees würde der Ort Hysul Robat entweder vollkommen verschwinden oder an einen höheren Punkt verlegt werden müssen. Auch die Eisenbahnlinie müßte eine Verlegung erfahren. Eine technische Kommission arbeitet schon seit Wochen, um dieses Projekt an Ort und Stelle zu studieren. Sie ist auch mit der Frage der Errichtung eines Euphratstauwerkes, 50 Meilen westlich von Bagdad, beschäftigt.

Eine schwimmende Ausstellung

Deutsche Fabrikate werden in 34 Häfen der Welt ausgestellt.

Das neue deutsche Messeschiff „Industria 1" wird am 30. Juli mit einer Ausstellung der neuesten in Deutschland angefertigten Fabrikate an Bord von Hamburg abfahren und zehn Monate unterwegs sein. Als östlichster Hafen, den das Schiff anlaufen soll, ist Yokohama, Japan, in Aussicht genommen.

Dieses wird die erste von deutschen Industriellen veranstaltete schwimmende Messe sein, die dem Ausland insbesondere Proben der Produkte der in der Nachkriegszeit gegründeten Industrie zeigen soll. Nicht nur den Kaufleuten in den wichtigsten europäischen Häfen, sondern auch jenen in Asien und Afrika wird Gelegenheit gegeben werden, sich von der Mannigfaltigkeit und der Qualität der deutschen Fabrikate zu überzeugen.

Auf dem Meßschiff werden 570 verschiedene Unternehmungen ihre Produkte ausstellen und außerdem ist an Bord auch eine Druckerei, eine Bank, ein Post- und Telegraphenamt, ein Preßdienstbüro und ein Wandelbildertheater eingerichtet. In letzterem werden den die Ausstellung besichtigenden Personen Ansichten von Industriestädten in Deutschland gezeigt und Fabrikationsprozesse im Bilde veranschaulicht werden.

Auf der Fahrt von Hamburg nach Yokohama wird die „Industria 1" in folgenden Häfen anlegen und in jedem drei bis acht Tage verweilen: Helsingfors, Stockholm, Kopenhagen, Southampton, Lissabon, Malaga, Barcelona, Palermo, Neapel, Piräus, Konstantinopel, Smyrna, Jaffa, Alexandria, Port Said, Aden, Karatschi, Bombay, Colombo, Madras, Kalkutta, Rangun, Petang, Delhi, Singapore, Batavia, Manila, Kanton, Schanghai, Tsingtau, Kobe, Wladiwostok, Osaka und Yokohama.

Weltumschau

Deutschland.

Die Franzosen und Belgier haben in den letzten Tagen im besetzten Gebiet ausgedehnte Razzien abgehalten, angeblich „um Beweise für eine militaristische Bewegung der Nationalisten aufzutreiben". Bisher wurden nicht weniger als 250 Wohnhäuser von den Franzosen durchsucht, 40 Personen verhaftet und Schriftstücke aller Art konfisziert. Die Belgier haben über hundert Streifzüge durch die von ihnen besetzten Gegenden vorgenommen und ebenfalls verschiedene Personen in Haft genommen. Die französischen Besatzungsbehörden wollen in der Lehrerbildungsanstalt von Godesberg bei Bonn ein hölzernes, angeblich tadellos funktionierendes Modell eines Schnellfeuergeschützes aufgefunden haben und behaupten, daß dort Studenten für die Reichswehr eingeübt wurden.

Die deutschen Botschafter in Paris und London wurden von der Reichsregierung angewiesen, an zuständiger Stelle Erklärungen zu verlangen, wie sich Frankreich und Großbritannien die Durchführung der militärischen Kontrolle in Deutschland in Zukunft denken. Die Berliner Regierung wird den Alliierten nahelegen, die Kontrolle in einer solchen Weise vorzunehmen, damit eine unnötige Aufreizung des Volkes und Zwischenfälle, wie sie in der Vergangenheit durch das arrogante Benehmen von Kontrolloffizieren verursacht wurden, vermieden werden. Auch verlangt die Reichsregierung eine bestimmte Erklärung, wann die Besetzung der Rheinlande und des Ruhrgebiets aufgehoben werden wird. Die Antwort auf diese Anfrage wird für die Haltung der Parteien im Reichstag bei den bevorstehenden Debatten von großer Wichtigkeit sein.

Die städtischen Behörden von Düsseldorf haben an den französischen Befehlshaber eine Eingabe gerichtet, in welcher sie um eine Reduzierung der Garnison ersuchen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Düsseldorfer Garnison die größte im ganzen besetzten Gebiet ist und außer allem Verhältnis zu den Hilfsmitteln der Stadt stehe. Es wird angeführt, daß zur Unterbringung der Truppen wieder staatliche und städtische Gebäude requiriert wurden, darunter die Polizei-Reitschule, das Verwaltungsgebäude, die Kunstakademie, mehrere Konzertsäle, ein Teil der Schlachthäuser, 19 Schulen mit 304 Klassenzimmern, 13 Turnhallen, 14 Industriewerke, 102 Garagen und Ställe, 40 Privathäuser, 1660 Wohnungen für verheiratete und 3300 für ledige Offiziere. Fast 9000 Schulkinder sind des regelmäßigen Schulunterrichtes beraubt. Die Behörden fragen in ihrem Gesuche, wie es auf die Dauer möglich sein könne, unter derartigen Verhältnissen die Verwaltung der Stadt weiterzuführen.

Die Unterhandlungen zwischen der Reichsbank und ausländischen Bankiers inbezug auf die Teilnahme an der geplanten Geldnoten-Bank werden in Berlin als günstig erachtet. Die Bankiers sind zu der Entscheidung geneigt, daß Berlin der Sitz der Goldbank sein müsse, deren deutscher Präsident einem aus sieben Deutschen und sieben Ausländern zusammengesetzten Direktorat unterstehen müsse. Nach Schluß der jetzigen Vorbesprechung wird eine Finanzkonferenz in Berlin geplant.

Die Vorarbeiten für Ausführung des Dawes-Planes werden dadurch bedeutend verzögert, daß die Reichsregierung genötigt ist, zu gleicher Zeit mit den Ententemächten zu unterhandeln, um sich zu vergewissern, ob ihre Pläne allseitig Zustimmung finden. Auch ist die Regierung bemüht, die Ausführungsgesetze in einer solchen Weise auszuarbeiten, daß Aenderungen der Reichsverfassung, soweit es tunlich ist, vermieden werden. Zur Annahme solcher Aenderungen wäre eine Zweidrittel-Mehrheit im Reichstag notwendig, und es ist sehr unwahrscheinlich, daß die Regierung eine solche Mehrheit zur Zeit erhalten könnte.

Die hauptsächlichsten Entwürfe betreffen die Goldnotenemissionsbank, die künftige Verwaltung der Reichsbahn und die Garantiefrage. Die Arbeit an dem zweiten Problem wird durch die gesetzlichen Verpflichtungen des Reiches gegenüber den Beamten und Angestellten erschwert. Denn da die Ueberführung der Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft mit privater Verwaltung bei grundsätzlicher Beibehaltung des Reichseigentums geplant ist, fürchten die Reichsbahnbeamten eine Minderung ihrer Rechte. Von dem englischen Eisenbahn-Sachverständigen Sir William Ackworth, der an den Sitzungen des Bahnkomitees teilnahm, wurde erklärt, daß der Zeitpunkt für die Zurückführung des Bahnbetriebes in die Reichsverwaltung von Deutschlands Fähigkeit abhänge, die auszugebenden und in 40 Jahren fälligen Schuldverschreibungen zurückzukaufen. Er sagte, wenn das Reich das in fünf Jahren bewerkstelligen könnte, so würde schon dann die Eisenbahn an die Reichsverwaltung zurückfallen. Weniger weit ist die Tätigkeit an dem Entwurf vorgeschritten, der die Beteiligung der Industrie an den Lasten betrifft, die das Reich nach dem Dawes-Plan übernehmen muß.

Die Steuerreform, die durch schwerwiegende wirtschaftliche Maßnahmen auf Grund des Dawes-Planes unvermeidlich geworden ist, betrifft besonders Aenderungen der Einkommen- und Umsatzsteuer. Die Regierung verspricht sich davon eine allgemeine Preissenkung und hofft im Zusammenhang damit auch die Eisenbahn- und Posttarife ermäßigen zu können.

Im Berliner Geschäftsverkehr, besonders im Kleinverkauf, ist infolge des andauernden Kreditmangels eine ernste Krise eingetreten. Die Kaufleute sind geneigt, um sich Bargeld zu beschaffen, ihre Warenvorräte zu niedrigen Preisen loszuschlagen und Ramsch-Ausverkäufe sind überall angezeigt. Die Warennachfrage ist aber trotzdem nur eine sehr schwache, und nur Nahrungsmittel finden rasch Abnehmer.

Das Budget des Staates Thüringen hat ein Defizit von 20 Millionen Goldmark aufzuweisen.

Der Haushalt der Stadt Berlin für das Jahr 1923 schließt bei einer Gesamtausgabe von 78 Millionen Goldmark mit einem Fehlbetrage von 9 Millionen Goldmark. Daß der Abschluß günstiger ist als man erwartet hatte, wird damit erklärt, daß sich die langfristigen Verpflichtungen der Stadt während der vorjährigen Inflationsperiode gewaltig entwerteten und zum Teil sofort getilgt werden konnten.

Der Reichslandbund hat den Kanzler ersucht, die Eintreibung der Steuern bis nach der Ernte zu verschieben, da ein Bauer ohne Kredit sonst seine Arbeiter während der Erntezeit entlassen müßte, um mit deren Löhnen die Steuern zu bezahlen.

Der amerikanische Botschafter für Deutschland, Alan B. Houghton, ist von Southampton an Bord des „Leviathan", nach den Vereinigten Staaten abgereist und man bringt seine Reise mit der Reparationsfrage in Verbindung.

Die Rhein-Kommission in Ludwigshafen ersucht die Delegaten, Listen von Ruhr-Gefangenen, die entlassen werden sollen, aufzustellen. Bisher sind 1598 solcher Gefangenen in Freiheit gesetzt worden.

Der Stadtrat von Halle hat seine kommunistischen Mitglieder ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, sich an die Geschäftsordnung zu halten.

Die Münchener Reichswehr hält Manöver der Gebirgsartillerie ab. Es heißt, daß manche fremde Besucher der Kurorte als Spione der Alliierten fungieren.

Oesterreich.

Die Oesterreicher können wieder zum ersten Mal seit dem Ausbruche des Krieges mit klingenden Münzen in der Hosentasche spielen. Dies ist einer der letzten Schritte, der Oesterreich seiner finanziellen Selbständigkeit entgegenführen soll. Die neue österreichische Münzeinheit, die den siebenten Teil des amerikanischen Dollars darstellt, wird Schilling genannt. Der Schilling ist ein Silberstück. Zum ersten Mal in der Finanzgeschichte Oesterreichs ist der Wert der Silbermünze vom Börsenwerte der Papierkrone abhängig.

Schweiz.

Eine große Massenversammlung der Genfer Sozialisten, um gegen die berüchtigte Ermordung des italienischen sozialistischen Abgeordneten Matteoti zu protestieren, erhielt internationale Bedeutung. Auf der Tribüne saß ein Komitee, welches alle nationalen Gruppen der gegenwärtigen internationalen Arbeiterkonferenz vertrat, die Italiener ausgenommen. Leon Jouhaux aus Frankreich, Mertens von Belgien und Poulton aus England warfen dem Faszismus vor, die Schuld an der Mordtat zu tragen. Sie prophezeiten, daß ein Weltprotest zur Befreiung des italienischen Proletariats vom Joche des Faszismus führen werde. Mertens forderte die Arbeiter der Welt zur Zerschmetterung des Faszismus auf. Ein Holländer sprach von den Briganten von Rom. Jouhaux sagte, Mussolini suche die Rolle von Napoleon zu spielen. Mussolini sei ein Diktator, welcher auf den Toren von Italien die über der Hölle stehenden Worte einmeißele: „Ihr, die Ihr eintretet, gebt alle Hoffnung auf." Das italienische Volk werde befreit, denn keine Regierung sei stark genug, um den Ruf nach Freiheit zu ersticken. Ein italienischer Redner, Villeri, erklärte, Matteoti's Leichnam sei so schrecklich verstümmelt, daß es die Regierung aus Furcht vor der Wirkung auf die Oeffentlichkeit nicht wage, ihn der Familie zu übergeben.

England

In einem aus London eingetroffenen Bericht über die Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Frankreichs und Großbritanniens wird gemeldet, daß nach einer vom britischen Außenamt veröffentlichten Erklärung die Konferenz in Chequers Court eine allgemeine Uebereinstimmung der französischen und britischen Ansichten über den Dawes-Plan und andere Probleme ergeben habe; daß die beiden Ministerpräsidenten entschlossen seien, die Schwierigkeiten, mit denen ihre Länder und die ganze Welt zu kämpfen haben, durch einträchtiges Zusammenwirken zu überwinden und daß man sich, vorbehaltlich der Zustimmung Belgiens und Italiens geeinigt habe, eine Konferenz der alliierten Mächte für Mitte Juli nach London einzuberufen. Die beiden Ministerpräsidenten haben auch vereinbart, bei Eröffnung der Vollversammlung des Völkerbundes im September d. J. in Genf anwesend zu sein.

Premier McDonald kündigte im Unterhause an, daß er die Ver. Staaten zur Teilnahme an der interalliierten Konferenz, die am 16. Juli in London zur Besprechung des Dawes-Planes tagt und die von England und Frankreich gemeinschaftlich zur Besprechung der Gutmachungsfrage einberufen wurde, eingeladen habe. Wie es heißt, wird in der Londoner Konferenz ein Versuch gemacht werden, den Dawes-Plan zur Ausführung zu bringen und die Frage der Abtragung der interalliierten Schuld einer anderen Konferenz zu überlassen. In der Londoner Konferenz soll das Verfahren, das bei Durchführung des Dawes-Planes beobachtet werden soll, in bestimmter Weise festgestellt werden.

Frankreich.

In Telegrammen aus Brüssel, wohin sich Premier Herriot begeben hat, um sich mit seinem belgischen Kollegen Theunis zu beraten, wird beschrieben, wie Herriot dem britischen Premier McDonald die Sicherstellung Frankreichs und eine „moralische Abrüstung Europas" darlegte. Verträge in Bezug auf Schutz gegen Angriffe zwischen Frankreich, England, Belgien und Italien sollen den ersten Schritt bilden; dann soll die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und schließlich unter dessen Führung eine Politik gegenseitiger Hilfe eingeleitet werden. Herriot will ein solches Programm durchführen, sobald die internationale Spannung nach Beilegung der Streitfragen zwischen Frankreich und Deutschland nachgelassen haben wird. Weiter wird gemeldet, daß Premier Herriot die formelle Versicherung erhalten habe, daß England und Belgien Frankreich beistehen werden wie im Jahre 1914, wenn es ungerechter Weise angegriffen werden sollte. So menigstens behauptet Herriot in einem Interview in der „Independence Belge". Der Premier soll erklärt haben: „Im Falle eines vorbedachten Angriffs seitens Deutschlands kann Frankreich auf die Hilfe England und Belgiens zählen. Ich habe das formelle Versprechen, daß ein deutscher Angriff, wie im Jahre 1914, England und Belgien auf Frankreichs Seite finden würde."

Während die Gerüchte, daß Paris mit Washington über die Anerkennung der Sowjetregierung verhandle, amtlich verneint werden, wurde erklärt, daß die Ueberreichung einer Abschrift von Ministerpräsident Herriots Bemerkungen über die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Moskau, wie sie durch Botschafter Jusserand an Staatssekretär Hughes erfolgte, lediglich ein Höflichkeitsakt gewesen sei. Im Auswärtigen Amt wurde erklärt, daß die Ueberreichung der Abschrift lediglich aus dem Grund erfolgte, weil die Ver. Staaten an dem russischen Problem interessiert seien und man daher in Frankreich der Ansicht sei, daß die Washingtoner Regierung über die französische Politik Rußland gegenüber auf dem Laufenden gehalten werden sollte.

Das gleiche Vorgehen, so wurde hinzugefügt, sei von den französischen Botschaftern in London, Rom, Brüssel und den Hauptstädten anderer interessierter Länder eingeschlagen worden, ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß die diplomatischen Vertreter dieser Länder die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten in jedem Fall zur Kenntnis ihrer Regierungen bringen würden. Es könne daher der Mitteilung an die Ver. Staaten keine besondere Bedeutung beigelegt werden, noch werde weder von den Ver. Staaten noch von anderen Ländern irgendeine besondere Antwort erwartet. Eine halboffizielle Mitteilung zu dem Vorfall schließt: „Es haben also zwischen Paris und Washington keine besonderen Verhandlungen stattgefunden, wie man nach den in den heutigen Morgenzeitungen veröffentlichten Depeschen vermuten könnte."

Rußland.

In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß die Anerkennung der russischen Sowjet-Regierung seitens Frankreichs nahe bevorsteht. Premier Herriot nimmt persönlich in der Frage denselben Standpunkt ein, wie früher Poincare, d. h. daß die Sowjetregierung gleichzeitig die Schulden des zaristischen Rußlands anerkennen müßte. Es heißt aber, daß das französische Kabinett nicht darauf bestehen wird, daß die Russen bestimmte Zahlungs-Versprechungen geben, man will sich vielmehr damit begnügen, wenn sie nur die Verpflichtung anerkennen.

Trotz aller gegenteiligen Gerüchte im Auslande wird eine befriedigende Ernte erwartet und einem Bericht des Getreide-Departements zufolge wird die ursprüngliche Schätzung einer Getreideausfuhr von 300 bis 400 Millionen Pud erreicht werden. Bis Mitte Mai sind hiervon bereits 160 Millionen Pud exportiert worden. (Ein Pud ist gleich 40 Pfund.) Im allgemeinen wird auf die gleiche Ernte wie im vergangenen Jahre gerechnet. Nur in der Ukraine erwartet man einen etwas geringeren Ertrag.

Eine besondere Kommission beschäftigt sich augenblicklich mit einer Zusammenstellung der Schadenersatzansprüche russischer Staatsangehöriger, die aus dem Schaden entstanden sind, der durch das Eingreifen fremder Staaten in den Jahren 1918 bis 1921 angerichtet wurde. Die Schadenersatzansprüche, welche sich auf mehrere Milliarden Dollars belaufen, werden augenblicklich einer Prüfung unterzogen, um dann den betreffenden Regierungen vorgelegt zu werden.

Italien.

General Cesare Rossi, nach dem die Behörden seit mehreren Tagen in Verbindung mit der Entführung und angeblichen Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Matteoti vergeblich gefahndet hatten, hat sich selbst der Polizei gestellt und wurde in das „Regina Coeli"-Gefängnis eingeliefert. Gegen den General wird die Beschuldigung erhoben, daß er einer der Anstifter der Entführung Matteotis war. Er lehnte jede Erklärung ab und sagte, er werde erst vor Gericht sich zu der Angelegenheit äußern.

Die Zeitung „Giornale d'Italia" bringt die Nachricht, daß Premier Mussolini die Reorganisation der faszistischen Miliz plane und im Sinne habe, sie zu einer der Verfassung mehr entsprechenden Organisation mit Polizeigewalt auszugestalten. Die Oberaufsicht über die Miliz würde vom dem Ministerium des Innern an das Kriegsministerium transferiert und der Oberbefehl einem aktiven Armeegeneral übertragen werden. Der bisherige Befehlshaber der Faszisten, General De Bono, würde zurücktreten. Dieser hat erklärt, daß er gegen alle Zeitungen, die seinen Namen im Zusammenhang mit dem Fall Matteoti genannt haben, einen Strafprozeß anstrengen werde.

Die Suche nach der Leiche des Abgeordneten Matteoti wird noch immer eifrig fortgesetzt. Obwohl zahlreiche Verhaftungen vorgenommen wurden und andere noch bevorstehen, während gegen eine Anzahl hervorragender Faszisten schwere Beschuldigungen vorgebracht wurden, ist das Verschwinden Matteotis noch immer nicht bis in alle Einzelheiten aufgeklärt. Es scheint jedoch gewiß zu sein, daß er das Opfer eines politischen Verbrechens wurde. Der Polizei gehen täglich Briefe und anonyme Mitteilungen zu, in denen sich Personen anbieten, die Stelle, wo die Leiche Matteotis begraben worden sei, zeigen zu wollen. Die meisten dieser Mitteilungen erweisen sich als wertlos.

Vereinigte Staaten.

Dem Exekutivkomitee der amerikanischen Farmerföderation ist ein weitgehender Plan übermittelt worden, demzufolge die fünf Getreidekorporationen und die 5000 Kooperative-Getreidespeicher völlig unter Kontrolle der Farmer gebracht würden. Eine mächtige Korporation soll den ganzen Handel übernehmen, so daß das Getreide vom dem Farmer gelagert, finanziert und kontrolliert würde. Die Korporation würde folgende Firmen umfassen: Armour Grain Co., Minneapolis Grain Corporation, Bartlett Frazier & Co., Minneapolis Pool, Grain Corporation und J. C. Shaffer & Co. Ein Ausschuß mit Präsident C. C. Bradfute von der American Farm Bureau Federation an der Spitze hat eine Prüfung des Planes eingeleitet.

Sowohl aus den Reihen der Farmer wie aus denen der Arbeiter wurde in der Schlußsitzung der Farmer-Arbeiter-Partei in St. Paul des Kongresses gegen dessen Kontrolle durch die Kommunisten Protest erhoben. Der Kongreß nominierte den Kohlengräber Duncan McDonald von Illinois zum Präsidentschaftskandidaten. Während der Demonstration für McDonald blieben die Farmer sitzen. Der Obstzüchter William Bruch vom Sodro Woolen, Wash., wurde zum Vizepräsidentschaftskandidaten nominiert.

Südafrika.

General J. M. B. Hertzog, der Nationalistenführer, der als Nachfolger vom Smuts ein Kabinett bilden wird, erklärte bei einer politischen Versammlung von Nationalisten und Arbeitern, jüngst in Kapstadt vor einer großen Kundgebung unter freiem Himmel. Im Laufe seiner Rede hob er die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der beiden Rassen hervor, aus denen sich die Bevölkerung der Union zusammensetze. Obwohl die Verständigung zwischen den beiden Konstitutionsparteien mit den Worten am Dienstag zu Ende gekommen sei, habe er das gewisse Vertrauen, daß ihre Zusammenarbeit fortdauern werde. In jedem Falle aber könne er die Bevölkerung von Britisch Südafrika versichern, daß sie nicht mehr „mit Gewalt regiert werden würden".

Europas Luftverkehr ist dem amerikanischen überlegen

Europa ist jetzt von 40 Luftlinien überspannen, die den Kontinent mit Asien und Nordafrika verbinden. Es ist jetzt möglich, am Morgen in London zu frühstücken und am Abend des nächsten Tages in Moskau zu Abend zu essen. Dann kann man in Moskau übernachten, fliegt am nächsten Morgen in das Kaukasusgebiet und landet einen Tag später in der persischen Hauptstadt Teheran. Dies ist durchaus nichts Außergewöhnliches, sondern ein alltägliches Ereignis. Der Verkehr der Luftschiffe entwickelt sich hier in Europa nach derselben Regelmäßigkeit wie der der Eisenbahnzüge. Europa ist Amerika in Bezug auf den Passagierflugdienst weit voraus. Die Preise im transkontinentalen Luftverkehr sind nicht viel höher als die Preise für Eisenbahnfahrten in Wagen erster Klasse. Die Hauptlinien sind:

London - Berlin - Königsberg - Moskau; täglicher Verkehr.

London - Rotterdam - Amsterdam - Bremen - Hamburg - Kopenhagen - Malmö; täglicher Verkehr.

London - Paris - Basel - Zürich; täglicher Verkehr.

Paris - Warschau - Lemberg - Wien - Bukarest; dreimal die Woche.

London - Brüssel - Köln - Genf - Zürich - München - Budapest; täglich zweimal mit Zweiglinie von München nach Frankfurt a. M.

Berlin - Danzig - Königsberg - Memel - Riga - Reval - Helsingfors - Petersburg; täglicher Verkehr mit Abzweigung von Helsingfors nach Stockholm.

Danzig - Warschau - Lemberg; täglicher Verkehr mit Zweiglinie von Warschau nach Kowno.

Stockholm - Moskau - Tiflis; täglicher Verkehr.

Antibes - Ajaccio; täglicher Verkehr.

Deutscher Stadtverkehr: täglich zwischen Hamburg-Hannover, Bremen-Hannover und München-Frankfurt. Auch unternimmt der Deutsche Aero-Lloyd in Verbindung mit der dänischen Gesellschaft „Danske Luftfahrt Selskab" tägliche Separatflüge von Hamburg nach Kopenhagen. Schließlich wird die Strecke Berlin - Danzig - Königsberg vom Aero-Lloyd in täglichem Wechsel zusammen mit dem Junkers Luftverkehr geflogen.